

Juli-Flut war zerstörerischste Naturkatastrophe in deutscher Geschichte

Mit rund sieben Milliarden Euro Schaden rechnen die deutschen Versicherer infolge der Überschwemmungen, die Mitte Juli Teile von Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen heimsuchten. Keine andere Naturkatastrophe hat hierzulande jemals verheerender gewütet. Allein die Großschäden ab einer Million Euro pro Versicherungsnehmer summieren sich auf etwa 400. Beim bisherigen Negativrekordhalter, dem August-Hochwasser von 2002, wurden 102 gezählt.

Nachdem auch schon im Juni Unwetterschäden von 1,7 Milliarden Euro entstanden sind, droht 2021 in puncto Naturgefahren zum schadenträchtigen Jahr seit mindestens einem halben Jahrhundert zu werden. Mit 11,5 Milliarden Euro Gesamtausgaben rechnen die Versicherer derzeit. Ähnliche Dimensionen wurden nur 1990 (Orkanserie) und 2002 (August-Hochwasser) erreicht, jeweils hochgerechnet auf heutige Preise. Der langjährige Schnitt liegt bei 3,8 Milliarden Euro.

Erfasst sind damit allerdings nur versicherte Schäden – das tatsächliche Schadensausmaß ist jeweils wesentlich größer. Denn bisher sind weniger als die Hälfte der Gebäude in Deutschland gegen Hochwasserschäden versichert. Der Hauptgeschäftsführer des Versicherer-Gesamtverbands GDV Jörg Asmussen hat für den Herbst Vorschläge der Branche angekündigt, wie Naturgefahrenversicherungen größere Verbreitung finden können.

Pekings Regulierungsoffensive verunsichert Anleger

Chinesische Tech-Aktien erwiesen sich in den letzten Jahren als zuverlässige Wachstumstreiber im Portfolio. Kürzlich versetzte die Regierung in Peking dem Segment jedoch einen heftigen Dämpfer, indem sie es regulatorisch deutlich enger an die Kandare nahm. Das Gleiche vollzog sich in der Spieleindustrie, zudem sollen US-Börsengänge für chinesische Unternehmen erschwert werden.

Die unerwarteten Markteingriffe sorgen bei vielen Anlegern für Nervosität, erste Großinvestoren haben bereits Gelder abgezogen. Am Ende sollen die Maßnahmen zwar zu einem nachhaltigeren Wachstum führen, was Investoren langfristig zugutekommen würde. Welche Maßnahmen noch in der Pekinger Regulierungs-Pipeline stecken, ist indes nicht absehbar.

Hinzu kommen aktuell Sorgen um die Finanzstabilität in China, nachdem der Immobilienriese Evergrande in Liquiditätsnöte geraten ist. Ende September konnte der Konzern eine fällige Zinszahlung entgegen seinen offiziellen Beteuerungen nicht leisten. Ob der Staat ihn auffängt, war zuletzt noch offen.

Deutsche werden älter als angenommen

Die Bundesbürger unterschätzen ihre Lebenserwartung deutlich – und damit auch die Dauer ihres Ruhestands. Bei einer forsa-Umfrage taxierten die ab 1964 Geborenen ihre eigene

Lebenserwartung im Durchschnitt auf 83,4 Jahre, tatsächlich sind es 87,5. Jeder fünfte Teilnehmer blieb mit seiner Schätzung sogar mehr als zehn Jahre unter dem statistisch zu erwartenden Wert. Vor allem Frauen sind pessimistischer als angebracht, denn ihre Schätzungen liegen im Schnitt 5,8 Jahre zu tief, während die Diskrepanz bei Männern 2,8 Jahre beträgt.

Da die Befragten voraussichtlich mit 67 Jahren in Rente gehen werden, stehen ihnen statistisch 20,5 Jahre Ruhestand statt der erwarteten 16,4 Jahre bevor. Solche Fehleinschätzungen sollten bei der Altersvorsorgeplanung ausgeschlossen werden, damit das Geld am Ende auch reicht. Nicht zuletzt deshalb ist professionelle Beratung immer sinnvoll.

Überdies setzen sich die Versicherer dafür ein, im derzeit entstehenden Online-Rentenportal jeweils die statistische Lebenserwartung anzuzeigen. Es soll zukünftig allen Bundesbürgern Überblick über ihre voraussichtlichen Alterseinkünfte verschaffen.

Inflation von 3 Prozent erwartet

Satte 3,9 Prozent Preissteigerung vermeldete das Statistische Bundesamt für den August, der höchste Monatswert seit 1993. Dabei handelt es sich zwar um einen Ausreißer nach oben, doch nach Prognosen des Ifo-Instituts dürfte auch die Inflation des Gesamtjahres 2021 mit 3,0 Prozent so hoch ausfallen wie seit 28 Jahren nicht mehr.

Der Hauptgrund für die Geldentwertung liegt in den günstigen Preisen, die 2020 geherrscht haben – zum einen wegen der temporären Mehrwertsteuersenkung, zum anderen wegen pandemiebedingt niedriger Energiepreise. Gerade diese haben im Zuge der Konjunkturbelebung in diesem Jahr deutlich angezogen. Für 2022 erwarten die Ifo-Forscher wieder einen Rückgang der Inflationsrate auf 2,0 bis 2,5 Prozent.

Zinsschwache Geldanlagen geraten durch diesen beschleunigten Kaufkraftverlust noch stärker unter Druck. Der wächst ohnehin schon durch die um sich greifenden Verwahrentgelte, also Negativzinsen, die auf Bankguthaben erhoben werden. Der Run auf Sachwerte und Aktien dürfte so bald nicht nachlassen.

Wie teuer ist Pflege?

Trotz der häufigen Thematisierung in den Medien ist fast jedem zweiten Deutschen nicht klar, welche hohen Zuschüsse Pflegebedürftige aus eigener Tasche leisten müssen. Nur 57 Prozent wissen laut einer Umfrage des PKV-Verbands, dass der durchschnittliche Eigenanteil bei über 2.000 Euro liegt. Bei den unter 30-Jährigen sind es sogar nur 41 Prozent.

Mit einer privaten Versicherung für den eigenen Pflegefall vorgesorgt haben bisher nur 14 Prozent der Bundesbürger – zumindest laut der Umfrage. Die Mitgliedsunternehmen des PKV-Verbands halten lediglich 3,8 Millionen Pflegepolicen in ihren Beständen, was rund 5 Prozent der Bevölkerung entspricht. Eine Pflegezusatzversicherung ist je nach Ausgestaltung und Abschlussalter schon für wenige Euro pro Monat zu haben. Dennoch planen 79 Prozent der

Umfrageteilnehmer auch in Zukunft keinen Abschluss. Darin liegt ein beträchtliches finanzielles Risiko, denn für den Eigenanteil bei Pflegebedürftigkeit müssen nötigenfalls Vermögenswerte veräußert werden. Zudem können unter Umständen die Kinder der Pflegebedürftigen zur Kasse gebeten werden.

Weitere (letzte?) Prozessrunde um Schneeballsystem Infinus

Rund 22.000 gutgläubige Anleger mussten 2013 schockiert erfahren, dass ihre bei der Infinus AG erworbenen Genussrechte und Orderschuldverschreibungen weitgehend wertlos waren. Am Ende blieben sie auf einem Schaden von 312 Millionen Euro sitzen, womit sich der Fall in die größten Anlegerskandale der Bundesrepublik einreicht. Das Dresdner Landgericht attestierte den Verantwortlichen 2018, ein Schneeballsystem betrieben zu haben. Wegen gewerbs- und bandenmäßigen Betrugs in Tateinheit mit Kapitalanlagebetrug verurteilte es die sechs Angeklagten zu Haftstrafen zwischen viereinhalb und acht Jahren.

Ende Oktober nun könnte die letzte Runde der strafrechtlichen Aufarbeitung anstehen: Der Bundesgerichtshof entscheidet über die Revisionsanträge der Verurteilten, also darüber, ob das Urteil des Landgerichts Dresden Bestand hat. Die Anwälte der Infinus-Manager argumentieren, dass erst die Staatsanwaltschaft mit ihren Ermittlungen das Geschäftsmodell zum Einsturz gebracht habe. Demgegenüber befand der Vorsitzende Richter im Dresdner Prozess: „Tatsächlich gab es überhaupt kein echtes Geschäft zum Zweck der Renditegewinnung.“

Neue Typ- und Regionalklassen für die Kfz-Versicherung – lohnt sich ein Wechsel?

Traditionsgemäß hat der Versicherer-Gesamtverband kürzlich die neuen Typklassen vorgelegt, an denen sich die Kfz-Versicherungsprämien unter anderem orientieren. Grundlage sind Schadensdaten zu knapp 32.000 Automodellen aus den Jahren 2018 bis 2020. Für fast drei Viertel der Autohalter bleibt alles beim Alten. Rund sieben Millionen müssen eine höhere Einstufung hinnehmen, für über vier Millionen wird es tendenziell günstiger.

Auch bei den Regionalklassen stehen für Millionen Autofahrer Änderungen an. Die Kategorisierung der circa 400 Zulassungsbezirke in Deutschland nach ihren durchschnittlichen Schäden pro Auto hat ebenfalls Einfluss auf die Höhe der Versicherungsprämien. Rund 5 Millionen Halter in 56 Bezirken werden wegen der Schadensentwicklung künftig schlechter gestellt, 4,2 Millionen in 52 Bezirken besser.

Auch unabhängig von Typ- und Regionalklasse können Autohalter mit einem Versicherungswechsel häufig dreistellige Beträge pro Jahr sparen. Bis Ende November ist das noch möglich. Online- Vergleichsrechner sind dabei nur bedingt hilfreich, denn sie decken nicht das gesamte Tarifangebot ab, sondern lediglich Tarife von Versicherungen, mit denen sie Kooperationsvereinbarungen abgeschlossen haben.

Nur jeder 10. Immobilienbesitzer kennt Wert seines Objekts

Eine große Immobilienmaklerfirma ließ unter ihren mehr als 220 Maklern erheben, wie treffgenau Eigentümer den Wert ihrer Immobilien einschätzen. Ergebnis: 88 Prozent liegen daneben. Während 2 Prozent sich keine Einschätzung zutrauen, tippen nur 10 Prozent richtig (mit einer Toleranz von 5 Prozent zum realen Wert). Meistens, nämlich in 71 Prozent der Fälle, weichen Fehlannahmen nach oben von den tatsächlichen Marktwerten ab. 17 Prozent der Immobilienbesitzer überschätzen den Wert sogar um mehr als ein Fünftel.

Die Konfrontation mit der Marktrealität kann für Verkaufswillige nicht nur zu einer Enttäuschung führen und Pläne durchkreuzen, sondern den Veräußerungsprozess auch deutlich in die Länge ziehen. In derselben Umfrage gaben die Makler an, dass ein zu hoch angesetzter Preis mit Abstand den Hauptgrund für Verzögerungen beim Immobilienverkauf darstelle (73 Prozent). Weitere Gründe sind eine schlechte Qualität des Objekts (44 Prozent), eine veraltete Ausstattung und mangelnde Nachfrage vor Ort (jeweils 27 Prozent).
